

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

48. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 65 Pfennig, monatlich 22 Pfennig, außsrl. Postbestellgebühr. Erscheinungstage des Korr.: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 29. Oktober 1910.

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 126.

Des Reformationstages wegen erscheint Nr. 127 erst Donnerstag, 3. November.

Streifzüge.

V.

Bei der Breslauer Generalversammlung des Gutenbergbundes müssen wir noch etwas verweilen, da das Protokoll der interessanten Ausschüsse, die Wesen und Art dieser sorgsam gepflegten Sumpfpflanze hübsch beleuchten, so viele enthält. Da wir, außerdem in der angenehmen Lage uns befinden, zu den meisten dieser niedlichen Begebenheiten und charakteristischen Behauptungen einen den Bundeshäuptlingen wenig zuzugenden Kommentar zu liefern, so dürfen diese Ausführungen auch für die unter unsren Lesern, die über den Gutenbergbund die Aktien geschlossen haben, was keineswegs immer das Richtige ist, nicht ganz bedeutungslos sein.

Mit seinem Unterstützungsweesen macht der Bund viel Aufsehens. Nächst seiner patenten Tarifreue und der mit ansehnlichem schauspielerischen Talente herausgesteckten christlichen Weltanschauung sollen die blünderischen Kasseneinrichtungen das Mittel sein, womit unfrem Verbannde der Wind aus den Segeln genommen werden kann. Wenigstens hat das zulezt noch Mühs Nachfolger auf dem kurulischen Sessel in einem Ende 1909 verbreiteten Flugblatte mit einem unerträglichem Aufwande von Phrasen zu erreichen versucht. Unsrer Organisation mit ihrem von Joseph Wolff (Dresden) entworfenen und von dem zweiten Buchdruckertage (Berlin 1868) angenommenen vorzüglichen Rassenweesen, das Ende 1909 über den wohl von keiner einzigen Arbeiterorganisation auf dem Erdenrund erreichten Bestand von nahezu 11 Millionen Mark verfügte, erschien dieser Großsprecherei gegenüber als ein winziges Nichts. In seinen Leistungen mußte demnach der Gutenbergbund dem Verbannde weit über sein.

Beim Bund ist aber immer zwischen Sein und Schein ein nicht so kleiner Unterschied. Der Beitrag beträgt dort nunmehr 95 Pf., im Verband 1,10 Mk. Mit dieser um 15, bis zum 1. Oktober d. J. um 20 Pf. niedrigeren Beitragsleistung werden in der Agitation von blünderischer Seite die größten Täuschungsmanöver verübt. Es wird nämlich verschwiegen, daß im Gutenbergbunde bei sämtlichen Unterstützungszeigen nur für sechs Tage in der Woche Unterstützung gezahlt, also der Sonntag nicht mit einschädigt wird, was im Verband aber der Fall ist. Es sollte mit diesem für die Unterstützungsbedürftigen recht fühlbaren Standpunkte zwar in Breslau gebrochen werden, aber die so glänzende finanzielle Lage des Bundes ließ die Beseitigung dieser Härte nicht zu.

Dazu kommt, daß auch fernerhin arbeitslose und kranke Bundesmitglieder einen wäentlichen Beitrag von 20 Pf. zu entrichten haben. In Unterstützungsfällen sind die Blünder also stark im Nachteile gegen unsre in gleicher Lage befindlichen Mitglieder. Die 15-Pfennig-Differenz im Beitrage wird zunächst durch den Obolus von 20 Pf. während Arbeitslosigkeit und Krankheit auf Kosten der Unterstützungsbedürftigen mehr als ausgeglichen. Dazu kommt die beträchtliche Schlechterstellung der Blünder in Unterstützungsfällen durch

die Nichtbezahlung des Sonntags. Die Unterstützungsfälle sind dann aber im Gutenbergbund auch direkt niedriger als im Verbannde, durch Nichtvorhandensein der bei uns in den meisten Gauen und Unterstützungszeigen bestehenden Gauzuschüsse wenigstens sicherlich. Daß die Unterstützungsdauer beim Bund in allen Zeigen die gleich lange wäre wie bei uns, ist sehr unwahrscheinlich. Auch mit der Wiedererlangung der Unterstützungsberechtigung scheint es seinen großen Haken zu haben. Mit den großartigen Leistungen im Gutenbergbunde sieht es bei Lichte besehen also recht windig aus. Wenn bei der Agitation mit den Unterstützungszeigen der Mund weiter so voll genommen wird, dann weiß man nunmehr wohl, daß auch in dieser Beziehung beim Bunde die Wahrheit weitab von den Behauptungen liegt.

Der Bundesvorstand wollte nun in Breslau nicht etwa auch diese zuungunsten der Bedertechnikerorganisation sprechenden Zustände beseitigt wissen, als er eine Beitragserhöhung um 15 Pf. forderte, sondern sein Ziel war der Ausbau der Sterbegeldunterstützung. Was noch erübrigt werden könnte, sollte zur Stärkung der allgemeinen Kasse dienen, deren Aktien immer mehr Baifestimmung zeigen.

Doch in der alten Oberstadt war die Opferwilligkeit für die hohe und hehre Sache des Bundes nicht von dem Nullpunkt abzubekommen. Die Provinz zeigte sich nicht minder zugeknöpft als die Berliner Elite, die so einen Bund im Gutenbergbunde zu bilden scheint. Einen nicht so kleinen Fogal! Es fiel nicht nur die Erhöhung um 15 Pf. und damit die Sterbegeldunterstützung, sondern auch der Zwischenantrag, den Beitrag um 10 Pf. zu erhöhen, folgte in den Orkus nach. Die Berliner waren die entschiedensten Gegner. Schließlich wurden 5 Pf. durchgebracht.

Damit soll nun die allgemeine Kasse, mit der die speziellen gewerkschaftlichen Auf- und Ausgaben gelöst und bestritten werden sollen, die arg notwendige Sanierung erfahren und außerdem der Bundesvorstehende Befoldung finden. Die Höhe in der allgemeinen Kasse zu bannen, hatte Hoffäh im blünderischen Moniteur — zur Abwechslung mit dem verhänglichen Liede von dem Sicherheitsventile — mit einem Ausblick auf die Tarifrevision zuvor ein heftiges Kriegsgeschrei erhoben. Wäre das nicht der Fall gewesen, würde es vielleicht nicht einmal zu der Beitragserhöhung von 5 Pf. gekommen sein, denn ursprünglich wollten die Berliner das Portemonnaie überhaupt nicht aufmachen. Mit der Stärkung der Kriegskasse wird es unter solanen Umständen aber auch nicht weit her sein.

Daß im Gegensatz zu den hochtrabenden Redensarten des Vorstandes, der Reiseapostel und des „Typograph“ der Gutenbergbund nur schwach an Kasse ist, geht aus mancherlei Äußerungen im Protokolle hervor. Sogar die mit besonderer Vorliebe herausgestrichene Invalidentasse wurde in dem intimen Birtel der Generalversammlungsbeflegierten mit andren als bewundernden Augen angesehen. Herr Dränert sagte in dem schon erwähnten Flugblatte bei dem letzten blünderischen Fischzuge: „Tausende von Kollegen haben die segensreiche Wirksamkeit unsrer Organisation empfunden und stehen um so treuer zu ihr, als diese ihre Anrechte in jeder Weise sicherstellt. Auch bei kritischen

Situationen im Gewerbe können die Anrechte der Mitglieder an den Unterstützungszeigen nicht gefährdet werden, da für die einzelnen Unterstützungen Beiträge und Kapital getrennt gebucht und verwaltet werden.“ Mit der Sicherstellung der Anrechte im Gutenbergbund ist es jedoch nicht besser und nicht schlechter als in jeder Gewerkschaft: die Unterstützungen sind freiwilliger Art, bedingen kein klagbares Recht. Arbeiterorganisationen können und wollen bei dem jetzigen Stande der Dinge und Gesetze kein eingeschriebener Verein werden. Zu der ersten Plunkerei mit der Sicherstellung kommt die zweite mit der getrennten Buchung und Verwaltung der Beiträge und des Kapitals. Der Verwalter des Berliner Bundesvereins, also doch wohl ein im Rassenweesen bewanderter Mann, sagte nämlich in Breslau:

Wenn ich mich nun noch allgemein zu unfrem Rassenweesen äußern darf, so meine ich, ist es dauerlicher, daß wir nicht, wie früher, feste Sätze für die Arbeitslosenklasse, für die Krankenklasse und für die Invalidentasse festsetzen; wenn wir für alle diese Einzelheiten feste Zahlen einsetzen könnten, würden wir besser fahren. Es ist also für uns durchaus erforderlich, daß wir in allen Punkten völlig klar sehen, welche Beträge für den und den Zweck wir verwenden können. Wir müssen also wieder dahin kommen, wie es früher war; das wäre mir auch schon aus nebensächlichen Zwecken lieb, wie z. B. betreffs der Steuerreklamation. Wenn wir der Steuerbehörde nachweisen, welche Beträge für die einzelnen Unterstützungen gefordert werden, dann nimmt sie auch darauf Rücksicht. . . . Ich empfehle, die frühere Einteilung wieder einzuführen.

So nimmt sich also das geordnete Rassenweesen des Gutenbergbundes im Munde eines seiner Verwalter aus! Das ist ja reizend. Ein Nudeltopf ist dagegen ja noch eine streng gegliederte Zusammenstellung seines aus unzähligen Bestandteilen gebildeten Inhalts. Und so was will die Kasseneinrichtungen unsres Verbandes misfreditieren? Nun, bei uns weiß man, welche Beiträge und Sätze für die einzelnen Zeigen erforderlich sind, da verursachen auch die Steuerreklamationen keine Verlegenheiten. Warum man wohl von der früheren Einteilung und Trennung der Konten abgekommen sein mag und welche Schiebungen wohl bestimmend für die Änderung gewesen sein mögen? Den Verbandsfunktionären, die in ihrem Wirkungskreise blünderische Einquartierung haben, wird diese Illustrierung der blünderischen Finanzwirtschaft und die Wahrheit über die „leistungsfähige“ und „christlich-nationale Buchdruckerorganisation“ jedenfalls eine willkommene Klärung sein, wie es in Wirklichkeit mit all den großen Behauptungen und Verheißungen der Marke G.-B. ausschaut.

Mit der Backspeise eines Zuschusses von 50 Mk. für das Lernen an der Sezmashine, welche aber nur gegen Unterzeichnung eines zu zweijähriger Mitgliedschaft verpflichtenden Reverses verabsolgt wird, und den recht fragwürdigen, unter allgemeiner Beklemmung und mit vielem Wenn und Aber und Ach und Weh akzeptierten Vergünstigungen bei der Invalidentunterstützung kann doch nicht darüber hinweggetäuscht werden, daß im Bunde die Leistungen geringere sind als im Verbannde. „Briefe aus allen Gauen Deutschlands“, die der schon so oft genarrte Vogelfänger Felder von Verbandsmitgliedern erhalten haben will, die sich angeblich zu den Nichtrauchern hingezogen fühlen, wurden als starker

Tabal verwendet, um die Erwählten des bündlerischen Volks endlich auf die hier vorgehaltene Reimrute hülfsen zu lassen. Nun, von den Absendern der vielen Briefe wird niemand folgen. Die Erinnerung an den im Jahre 1903 von einer Anzahl von Bündlern geführten Prozeß um ihre Ansprüche auf Invalidentät wird sie im speziellen davor bewahren, wie die Schafe direkt in die Feuerbrunnst hineinzurennen. Thranert meinte zwar, daß angeichts dessen, wie sich die Organisationsverhältnisse im Buchdruckgewerbe entwickelt haben, weder bei Jungtypographia, noch bei der Gvattermarke N.-B., sondern allenfalls nur aus dem Verbands Zuwachs zu erwarten wäre, weshalb der Bundesvorstand nach reiflicher Erwägung die (äußerst auslegungsfähigen und auf Täuschung berechneten) Erleichterungen bei der Invalidentät für Übertretende empfehle. Aber außer dem damit gemachten wertvollen Eingeständnisse der absoluten Überflüssigkeit des Gutenbergsbundes wird diese in Breslau so schwer gehaltene Operation keinerlei praktischen Erfolg haben.

Die großen Hoffnungen auf Jungtypographia sind also auch aufgegeben! Das wurde zu Anfang dieses Jahres aber noch, als die Agitation für die Lehrlingsabteilung des Bundes mit Hochdruck in allen Teilen Deutschlands betrieben wurde, das aussichtsreichste Gebiet zur Gewinnung von Zuwachs genannt. Man kann auch nicht sagen, es wäre in der aus gewissen Gründen sich heimlich abspielenden Propaganda für die bündlerische Lehrlingsorganisation zu wenig geschehen. In Versammlungen zu diesem Zwecke war durchaus kein Mangel, und an der nötigen Schimpfkanonade auf den Verband ließ man es auch nicht fehlen. Der gewerbliche Nachwuchs sollte eben mit aller Macht und mit allen Mitteln für den Gutenbergsbund geangelt werden. Nun ist es auch damit aus! Die „gutenkenden Kreise unsres Gewerbes“, die — der Bund muß immer betteln und Liebedienern gehen — damals gebeten wurden, die Lehrlinge auf die Lehrlingsabteilung aufmerksam zu machen, haben dies nicht nur nicht getan, sondern sind mit einem Donnerkeile dazwischen gefahren und haben sich eine Verhezung der Lehrlinge ganz entschieden verboten. Deswegen auch das peinvolle Schweigen des „Typograph“ über diese „großartige“ Müßigkeit, dem Bunde den besten agitatorischen Erfolg durch Zuführung des Nachwuchses zu sichern. Man wollte dem Verband auf diese Weise das Wasser endgültig abgraben; ihm, so wird sicher kalkuliert worden sein, auch mit der Gründung einer Lehrlingsabteilung zuvorkommen.

Nun, wir dachten daran nicht; um die Ursache der beruflichen Jungmannschaft war und ist dem Verband ganz und gar nicht bange. Gewiß ist der Schlüssel für die in Nr. 122 schon verschiedentlich kommentierte Zunahme um 84 neue Mitglieder während des ersten Halbjahrs 1910 in der Lehrlingsabteilung zu suchen. Tatsächlich sind damit in Bündlerdomänen einige Erfolge erzielt worden, wenn auch in gar manchem Fall erst unter Anwendung des von den Bündlern so arg gelästerten Terrorismus.

Der Humbug mit der Lehrlingsabteilung ist das schlimmste Täuschungsmanöver, das jemals der Gutenbergsbund fertig gebracht hat. Offiziell wurde sie totgeschwiegen, existierte sie nicht. Im stillen aber wurde für sie agitiert, daß es eine Art hatte. Natürlich merkten wir bald Lunte und erleichterten auf unsre Weise diese geheime Mühlarbeit. Dann stellte man ein gut Wetter für seine unschuldige Lehrlingsorganisation unter trotzdem fortgesetzter Propaganda draußen im Lande für sie. Aber es half nichts, die „maßgebende Stelle“ ließ sich nicht erweichen. Und so mußte denn auf der Breslauer Generalversammlung die Lehrlingsabteilung wieder aufgelöst werden! Das konnte zwar schon in unsrer Besprechung des letzten Bundestags (Nr. 88) auf Grund dankenswerter Informationen mitgeteilt und glossiert werden, aber der „Typograph“ redete sich um diese äußerst fatale Feststellung so herum, daß Leichtgläubige uns vielleicht in den Verdacht des Fünkerns bringen konnten.

Aber es ist so! In geheimer Sitzung und nach längerer Debatte über das Thranert'sche Eingeständnis, daß die Lehrlingsabteilung eben aufgelöst werden müsse, wurde des Bundes schönstes Hoffen zu Grabe getragen: seit dem 1. August ist die Lehrlingsabteilung nicht mehr. „Jungtypographia“, diese so vielversprechende Vergiftungsquelle für den Nachwuchs im Gewerbe, ist auch dahin. Den Lehrlingsmitgliedern sollen die geleisteten Beiträge bei dem recht fraglichen späteren Eintritt in den Bund bei der Karezang angerechnet werden. Die Riesenblamage mit der bündlerischen Lehrlingsorganisation wäre also komplett.

Jedoch, bei dem Bunde muß man immer auf Hinterlist bedacht sein. Wie seinerzeit bei der Auflösung seiner Arbeitsnachweise — wir kommen noch später darauf zu sprechen —, so wird es auch hier mit Umgehungen versucht. An die Stelle der örtlichen Lehrlingsabteilungen sollen nämlich „Unterrichtszirkel“ treten. Den Teilnehmern daran wird der „Typograph“ geliefert, ja, ihnen werden sogar Vergünstigungen beim Eintritt in den Bund nach ihrem Auslernen eingeräumt. Die Einschränkung, daß nur die „längere Zeit“ diesen „Unterrichtszirkeln“ Angehörigen in diese neue Art von Vergünstigungen eintreten können, läßt ohne weiteres die Annahme zu, daß wie bei der von oben herab suspendierten formellen Lehrlingsabteilung alle Jahrgänge den „Unterrichtszirkeln“ angehören können. Den jüngeren Lehrlingen den „Typograph“ auszuliefern, wie es der im Protokoll wiedergegebene Beschluß vorsieht, wäre aber schlimmste Brunnenvergiftung; sie ist es ja auch bei den älteren noch im weiten Maße. Mit diesem jesuitischen Auswege würden, wenigstens doch in den Bundesniederlassungen, die Lehrlingsabteilungen unter einem andren Aushängeschild weitergeführt werden. Der Bund kann doch nun einmal, weil in den christlichen Gewerkschaften die Jugendorganisationen als ein Heilmittel gegen die freien Gewerkschaften angesehen werden — neuerdings auch seitens der Hirsch-Dunderschen —, nicht zurückstehen! Und wie immer, heißt es auch hier: Geht es nicht auf geradem, dann auf krummem Wege. An den heiligsten Versicherungen absoluter Aufrichtigkeit im Tun und Handeln hat es im Gutenbergsbunde trotzdem noch nie gefehlt, die sind stereotypiert vorhanden.

Wer den im „Typograph“ vom 14. Oktober enthaltenen Artikel „Der Jugend gehört die Zukunft“ gelesen hat, ist, wenn er die vorausgeschickten Vorgänge kennt und nur einigermaßen zwischen den Zeilen zu lesen versteht, nicht lange im Zweifel, daß es sich mit den „Unterrichtszirkeln“ um eine kräftige Düpierung handelt. Das Artikelchen stammt obendrein vom Bundesvorsitzenden. Erinnert man sich, daß in verschiedenen Orten die Prinzipale sogar gegen die Heranziehung der älteren Lehrlinge zur rein fachtechnischen Betätigung in den graphischen Vereinigungen protestierten, daß man einfachen Gesellen die Berechtigung als Lehrende nicht zuerkennen will, weil eine Agitation für den Verband dahinter gewittert wird — eine ganz überflüssige Befürchtung, sündmalen ein gut eingeführtes Geschäft keiner Reisenden bedarf —, so darf man wohl sehr gespannt sein, wie sich diese etwas gar ängstlichen und auch rückständigen Prinzipale nun zu den „Unterrichtszirkeln“ des Gutenbergsbundes stellen. Wir sind nicht im geringsten im Zweifel über die Art dieses Unterrichts! An uns soll es auch nicht liegen, etwaige Widersprüche aufzuklären oder je nachdem aufzudecken. Die Kollegen draußen im Reich werden, soweit sich ihnen dazu Gelegenheit bietet, jedenfalls uns gern in dem Bestreben unterstützen, ein wahres Bild von diesen „Unterrichtszirkeln“ zu erhalten. Wir können niemand weh tun. Um allerhöchstenfalls würde es uns aber berühren, wenn der Gutenbergsbund durch eine Parallele mit seiner obigsteilich aufgelösten Lehrlingsabteilung und den jetzigen „Unterrichtszirkeln“ in einen falschen Verdacht kommen würde. . . .

Da wir einmal bei der Agitation für den Gutenbergsbund sind, denn seine „Unterrichtszirkel“ sind doch nur für diesen Zweck bestimmt oder gedacht, seien gleich zwei Anträge erwähnt, die eine

anderweite Stationierung von Felder wünschten. Die Antragsteller, zwei süddeutsche Orte, gingen von der Ansicht aus, daß, um ein ganz modernes Wort zu gebrauchen, „die Verseuchung des Westens“ schon genügend vorgeschritten wäre. Bayern, Baden, Elsaß-Lothringen wurden als in erster Linie der Bearbeitung durch den bündlerischen Wanderredner bedürftig bezeichnet, nebenher wurde auch der Mainkreis genannt. Wegen der Verlegung des Sekretariats nach Stuttgart hatte der Vertreter von dort selbst Bedenken. Felder habe schon wochenlang das Schwabenland abgestreift, die Zahl der in den Wigwam verbrachten Skalpe wäre aber gar nicht befriedigend gewesen. Im Musterlande dagegen soll seit dem Anschluß an die christlichen Gewerkschaften manche Eroberung gemacht worden sein. Wichtig ist ja, daß Felder dort auch Nachschichten (siehe Artikel II) verfährt, richtig aber auch, daß dort unten am Oberrhein die Bundesunteroffiziere mit bestem Erfolg das alte Schwindelgenie Münchhausen gelesen haben. Da nahm der große Stegerwald das Wort — und der Lungenathlet Felder bleibt den rheinisch-westfälischen Gesellen erhalten! Fierlich verwahrte sich der in Köln mit Felder zusammen domizilierende Aufsichtsrat Stegerwald aber gegen die Behauptung des „Korr.“ er wolle von dort aus den Bund dirigieren, dazu habe er gar keine Zeit. Dirigieren, das ist, um mit dem Mann auf dem Hohlweg zu reden, allerdings Ansichtssache. Inspirieren trifft aber zum mindesten zu. Wer Stegerwald in Breslau in Tätigkeit gesehen hat, der weiß, daß er sich um die Bundesangelegenheit nicht bloß von ohngefähr bekümmert. Kundige Thebaner erinnern sich jedenfalls auch, daß Hoffas, ehe er Redakteur war, die Aufnahme seiner Messiasen durchgeführt hat mit der Drohung, er werde sich sonst an Stegerwald wenden, der sein Begehren dann schon erzwingen werde. Um Worte läßt sich also auch in diesem Falle trefflich streiten. Liebenswürdig wie immer erklärte Stegerwald auch bei der Gelegenheit der Bundesgeneralversammlung mit der an ihm gewohnten Deutlichkeit, daß der Bund mit seiner Agitation sich hätte begraben lassen können, wenn der Anschluß an die christlichen Gewerkschaften nicht gekommen wäre. Also, wenn man von dieser Seite sich nicht mit Nachdruck für den Bund ins Zeug gelegt hätte, stände es noch miser um ihn. Es lebe die Neutralität! Zufrieden ist Stegerwald aber trotzdem nicht mit den agitatorischen Erfolgen. Laut Protokoll von 1907 verabschiedete er sich damals in der Hoffnung, „daß wenn wir uns über drei Jahre wiedersehen, die Mitgliederzahl bedeutend gewachsen ist“. Herr Stegerwald erlebte aber keine kleine Enttäuschung. Der Verräterei in den eignen Reihen mißt er die Schuld daran bei. So etwas, meinte er, würde aber heute wohl nicht mehr vorkommen. Wie Figura zeigt, werden für Stegerwald und die Bundesleitung die Überraschungen immer schrecklicher, die Enttäuschungen noch grausamer. Vielleicht — oder vielleicht auch nicht — wird es in puncto Agitation doch noch einmal besser. Nämlich, wenn erst der fünfte Beamte angestellt und in Bayern und anderswo das bündlerische Ackerfeld pflügen wird. Das scheint ja die starke Absicht des Oberkommandierenden zu sein. Also: Tut Geld in den Beutel!

Und nun eine Konstatierung, die nicht von Pappo ist: Wenn einer Tagung Delegationen oder Gäste anwohnen, so wird dem allenthalben an erster Stelle Erwähnung getan und damit eine Anstandsspflicht erfüllt. In dem Berichte des „Typograph“ (Nr. 29) über die Breslauer Generalversammlung wurde aber die Anwesenheit Stegerwalds totgeschwiegen! Der in Breslau vor dem groben Adam aufgeführte Kotau steht mit seiner Ignorierung in der Öffentlichkeit jedoch in schärfstem Widerspruch. Es kommt aber noch besser: Bei der Berichterstattung in ihren Kreisen haben die Delegierten himmelhoch, die Anwesenheit Stegerwalds für sich zu behalten, damit „Außenstehende“ nichts davon erfahren! Ist das nicht zum Nachschlagen? In Breslau wird Stegerwald unter allgemeiner Führung und Begleitung vom Vorsitzenden „eine gute Gesundheit

und langes Leben" gewünscht, im „Typograph“ aber kein Sterbenswörtchen von ihm, und in den Besammlungen das heisse Flehen, nur ja die Sache zu verheimlichen! Da haben „wir“ uns aber bis über die Ohren blamoren!! Warum denn diese Verleugnung? Warum diese Praktizierung der bekannten Heineschen Worte: „Blamier' mich nicht, mein schönes Kind, und grüß' mich nicht unter den Bänden“ — was soll sich denn hier nachher finden? Dadurch wird doch nur selbst eingestanden, wie unselbständig, wie abhängig und wie wenig neutral man ist. Trotz aller hohen und heiligen Versicherungen dem Deutschen Buchdruckervereine gegenüber . . .

Die Anstellung des ersten Vorsitzenden stieß an sich auf Schwierigkeiten. Bei der Festsetzung seines Gehalts und der Beratung über das Beamtensregulativ kam es zu Ausführungen und Bemerkungen, die da zeigten, daß der in Halle zu beobachtene gewesene starke Widerstand gegen das von der christlichen Gewerkschaftsleitung aufgezogene Beamtensystem noch lange nicht erloschen ist. Man kann sich das erklären, ohne sich zum Verteidiger der verschiedentlich zutage getretenen Knickigkeit zu machen. Als der Gutenbergbund in seines Lebens Maienblüte stand, als er — was heute nur noch wenige wissen — einen Mitgliederstand von 3200 aufweisen konnte, da war der Verwalter Janson allein angestellt. Der Bund ging dann schmächtig zurück; mit der Beamtentätigkeit aber ging es vorwärts, bis 1907 blieb es bei einer Hilfskraft. In Halle kam es dann nach lebhafter Diskussion zur Anstellung zweier Agitationskräfte, von denen die eine auch den Redakteurposten auszufüllen hatte. Die Hilfskraft wurde trotzdem zu einer ständigen Einrichtung. Jetzt, wo der Gutenbergbund von seinem Höchststande noch ziemlich entfernt ist, setzen wir einen Vorsitzenden, einen Verwalter, einen Redakteur und einen Sekretär angestellt. Die Beibehaltung der Hilfskraft wird sich trotz entgegenstehenden Beschlusses auch ferner als notwendig erweisen. Berlin hat außerdem noch einen besonderen Verwalter. Der Bundesvater Herrmann schlug 1907 bereits Kärm über die hohen Agitations- und Verwaltungskosten (16 2/3 Proz.), und wir haben in Nr. 124 zahlenmäßig bewiesen, wohin es inzwischen gekommen ist. Und dazu die allgemeine Kasse unter Normalstand! Die Leuten müssen ja unwirksam und verzweifelt werden, was uns übrigens nur recht sein kann.

Die auf die Ausgestaltung des „Typograph“ Bezug habenden Anträge mußten wegen Mangel an Mitteln zu den übrigen gelegt werden. Hauptächlich wurde zweimaliges Erscheinen gefordert. Die Zufriedenheit mit dem Bundesorgane scheint auch sonst nicht groß zu sein. Jedoch auch Hoffäh führte Klage. Eine Mitarbeiterchaft sei so gut wie nicht vorhanden, nur Polemiken würden gebracht. Hoffäh meinte da ganz richtig, daß man damit sehr vorsichtig sein müsse und dies am besten der Redaktion überlassen solle. Wenn er jedoch polemisierte, so geschah es größtenteils recht ungeschickt. Meistens unterließ er aus begreiflichen Gründen überhaupt eine Polemik. So oder so rief er also nur Unzufriedenheit mit seiner Haltung hervor. Mit dem streitbaren Herrmann, der den Nummel doch aus eigener Praxis von früher kennt, hatte Hoffäh einen Wortschneiderei, in dem auch der Hauptvorstand gegen den Gumbinner Tariffreund Partei nahm. Ehränert sagte alle in dieser Richtung vorgebrachten Wünsche in die Hoffäh peinlich berührende Erklärung zusammen: „Wir wollen uns bescheiden, dem „Typograph“ ein solches Aussehen zu geben, wie es unserer Organisation entspricht.“

Möglicherweise, d. h. wenn wieder Flut mit der jetzigen Ebbe in der Kasse wechseln sollte, kommt eine den Bund verberlichende Broschüre heraus. Wer daher die Rezhäuserche, eine Fundgrube darstellende Schrift über den Gutenbergbund noch nicht besitzt, die der Verband vor drei Jahren herausgab, möge sie noch bestellen. Für 20 Pf. pro Exemplar einschließlich Porto erfolgt Zusendung durch uns. Wenn unsere Mitglieder die erwähnte Schrift durch das neue Material unserer jetzigen Artikel ergänzen, dann werden sie stets auf dem

laufenden bleiben. Der Gutenbergbund wird schon für die nötigen Supplements zu dem reich illustrierten Prachtwerk über ihn Sorge tragen.

Es wurde noch die Bestimmung getroffen, daß die Bundesmitglieder zur Benutzung der paritätischen Arbeitsnachweise verpflichtet sind. Das war brav. Aber wenn es beim Bunde nur einmal ohne Winkelzüge gehen würde! Würde da nämlich bei dem Wort „Ablehungsgründe“ die verdächtige Einschaltung: „für den Gutenbergbund“, vorgenommen. Was soll das heißen? Nach den allgemeinen Erfahrungen mit dem Bund und den seit der „Abfassung“ seiner eignen Nachweise im besondern gemachten wird damit wieder allen Vermutungen Tor und Tür geöffnet. Im Unterstützungsreglement des Verbandes ist der Begriff Ablehungsgründe einwandfrei definiert. Wenn man bis in die letzten Tage gesehen hat, daß im Bunde nach wie vor eine besondere Arbeitsvermittlung besteht (was bekanntlich gegen die Bestimmungen des Tarifs verstößt), wofür wir Beweise gesehen und momentan selbst ein Dokument von einem Bundesfunktionär in Händen haben, dann kann der Argwohn nur noch größer werden durch die erwähnte Einschaltung. Es heißt also die Augen offen halten!

Die „Stellungnahme des Gutenbergbundes zur Tarifgemeinschaft und Tarifrevision“ wurde in geheimer Sitzung ventiliert. Da wird so manches zur Sprache gekommen und manche neue große Hoffnung geschmiebelt worden sein. Begreiflicherweise ist das Protokoll darüber sehr schweigsam. Welches Schicksal diese Kategorie von Anträgen (Hannover und Bremerhaven: Der Bund solle bei den Tarifberatungen möglichst selbständig vorgehen, und Stuttgart: Dem Gutenbergbund ist Sitz und Stimme im Tarifausschuß und im Tarifamte zu verschaffen) erfahren hat, läßt sich also nicht sagen. Auch nicht, ob das Verede hinsichtlich der 1911 für den Bund zu erwartenden großen Fortschritte in einen Zusammenhang mit dieser Tarifdebatte zu bringen ist. Wir wollen uns auch nicht unnötig die Köpfe darüber zerbrechen.

Aber das kann wohl angenommen werden, daß die Tariftreue des Bundes, die nach Herrmann ja bis auf ein halbes Prozent der Mitglieder durchgeführt sein soll, während auf der Halle'schen Generalversammlung nach der einen Lesart noch 343, nach einer andren gar noch 792 Bündler tarifwidrige Arbeitsverhältnisse hatten, einer genaueren Prüfung unterzogen worden ist.

Daß gerade der „Nstelbier“ Herrmann als Lobredner der Tariftreue austrat, ist ein starkes Stückchen. Denn vor 2 1/2 Jahren noch hat eine ostpreussische Prinzipalsversammlung ein geradezu niederschmetterndes Urteil dem Bunde wegen der von ihm der Tarifeinführung dort oben bereiteten Hindernisse gesprochen. Und gegenwärtig mimen bei den Firmen Mahnte und Duandel in Jnsterburg, die der große Felder mit Haut und Haaren, d. h. mit den dort herrschenden haarträubenden Arbeitsverhältnissen und einzig dastehender Mädchenzucht, als Tariffirmen anerkannt wissen wollte, was selbstverständlich nicht angängig war, die Bündler noch munter weiter, mit ihrem Vorsitzenden an der Spitze!

Bei Mahnte neben 8 G.-B. 25 Seherinnen, die alle Arten von Sezarbeit verrichten und mit 4—10 Mark entlohnt werden. Bei der Firma Duandel 10 G.-B. und 10 Seherinnen zu gleich „hohen Löhnen“. Hier stehen sogar zwei Maschinenseher unter Minimum. Die sonstigen erbaulichen Zustände in diesen beiden Druckereien übergehen wir, nach dem Geschilderten lassen sie sich leicht ausdenken. In einer dritten Jnsterburger Druckerei läßt sich ein Bündler gar mit 10 Mk. wöchentlich (nicht etwa täglich) abspfeifen.

Und diese alles Dagewesene übersteigende Schusterei geschieht mit Wissen des Bundesvorstandes! Derselben Leitung einer „tariftreuen“ Organisation, die in ihrem letzten Jahresberichte dem Bund ein neues Motto prägte: „Ehrliche Einhaltung der Vertragsbestimmungen sowie rückhaltloses Eintreten für den Tarif!“ Da soll, wie ja auch einmal hochtrabend behauptet worden ist, der

Fortbestand der Tarifgemeinschaft nur durch den Gutenbergbund garantiert sein?! Profit Maßzeit, wir danken für Obst.

Werfen wir einen Gesamtblick auf die uns so prächtige Einblicke in die Bundespsyche gewährende neunte Generalversammlung, so ist alles andre denn die gepriesene großartige Entwicklung zu konstatieren. Er ist und bleibt trotz Stegerwald, trotz der hinter dem Bunde stehenden „machtvollen christlich-nationalen Arbeiterbewegung“, trotz der hochmögenden Gönner unter den Prinzipalen und trotz der andren in andren Lagern ein elender Sumpf, angefüllt mit giftigen Schwaden. Es ist Vergangenheit, Sein und Werden des Bundes einmal in einem Flugblatte von seiner Leitung selbst sehr gut, aber doch noch zu schön mit den Worten getroffen worden:

Die fruchtbare Ahre sei dir ein Vorbild,
Die einsame Distel eine Warnung fürs Leben!

Geschäftsbericht des Tarifamts für das Geschäftsjahr 1909/1910.

(An die Herren Kreisvertreter erstattet.)

Unsre Tarifperiode geht ihrem Ende entgegen, und in dem Augenblick, in dem wir uns anschauen, unsrer Pflicht der Berichterstattung für das verlossene Geschäftsjahr zu entsprechen, haben wir bereits die Schwelle des letzten Geschäftsjahrs der Tarifperiode 1907—1911 überschritten. Obwohl uns noch nahezu eine Jahresspanne von dem Zusammentritte des Tarifausschusses trennt, stehen wir doch schon unter dem Einbrude, den bevorstehende wichtige Ereignisse auf jeden Menschen auszuüben pflegen. Haben doch schon in den Sommermonaten dieses Jahrs die Prinzipals- und Gehilfenorganisationen zur Tariffache Stellung genommen, wenigstens insoweit, als sie bestimmte Pläne für die bevorstehende Tarifrevision entworfen haben. Ganz selbstverständlich zwingen die verschiedenen Interessen am Tarife die beiden Gruppen zunächst noch zu einer vorsichtigen Zurückhaltung ihrer Pläne gegenüber der Öffentlichkeit, aber das eine ist allen bekannt, daß die führenden Personen in beiden Tarifparteien in ihrer Anschauung über die Zweckmäßigkeit einer Tarifgemeinschaft und in dem guten Willen, an der bisherigen Gewerkepolitik festzuhalten, beharren werden. Das ist einwandfrei ausgesprochen worden, und an der Wahrsamkeit derjenigen Männer, denen an der Ordnung im Gewerbe im Interesse des Gedeihens und der Fortentwicklung desselben alles gelegen ist, darf nicht gezweifelt werden.

Bereits ist die Prinzipalsführung in dem Zusammenruf der tariftreuen Prinzipale der einzelnen Tarifkreise tätig; äußerst frühzeitig hat man auf dieser Seite zu den kommenden Dingen Stellung genommen, was den Ernst der Situation verraten läßt; die Gehilfenschaft wird in Kürze folgen. Das letzte Wort der Entscheidung werden dann die Generalversammlungen beider Organisationen noch in der ersten Hälfte des kommenden Jahrs zu sprechen haben, da bis zum 30. Juni 1911 beim Tarifamte die Anträge auf Kündigung oder auf Abänderung des Tarifs einzureichen sind.

Wie schon gesagt, ist durch die klare Stellungnahme der führenden Stellen unsres Gewerbes die Grundlage für den Fortbestand unsrer Tarifgemeinschaft gegeben; trotzdem ist nicht zu verkennen, daß sich dem Zusammengehen der beiden Tarifparteien zur Erhaltung des gewerblichen Friedens Hindernisse in den Weg stellen werden, deren Größe heute nur annähernd einzuschätzen ist. Diese sich vergrößern oder verkleinern zu lassen, wird sehr wesentlich abhängen von der Stellungnahme der jetzt beginnenden Orts- und Kreisversammlungen beider Tarifparteien. Gestellt sich die eine Partei darin, die an die Tarifgemeinschaft zu stellenden Forderungen auf ein möglichst hohes Ziel zu spannen und Wünsche erfüllt zu sehen, die weder durch eine Tarifgemeinschaft noch durch getrenntes Marchieren und die Macht der Organisationen zu verwirklichen sind, so würde hierin die Gefahr liegen, das Trennende zwischen beiden Parteien zu einem nicht überbrückbaren Hindernisse zu gestalten. Die Tore zu einem nur halbwegs gangbaren, zur Verständigung führenden Wege verschließen hieße es beagen, wenn die andre Partei sich auf den Standpunkt stellen wollte, zur Verbesserung der materiellen Lage der Gehilfenschaft überhaupt nicht bereit zu sein. Sollten beide Parteien eine solche Parole ausgeben wollen, so würde dies in direktem Widerspruch stehen zu der Stellungnahme, die der Tarifausschuß im Jahre 1906 gelegentlich der Beratung des heute geltenden Tarifs in bezug auf die gegenseitigen Beziehungen aus dem Tarifvertrag eingekommen hat. Die Vertreter beider Parteien haben dort freimütig anerkannt, daß der Beruf der Buchdrucker andren Berufen gegenüber, ganz allgemein gesprochen, verglichen mit einer etwa 25 Jahre zurückliegenden Zeit, gesunken ist, und daß Prinzipale und Gehilfen ein Interesse daran haben, in engstem Zusammengehen eine Hebung ihres Standes herbeizuführen. Diesem Vorhaben haben sich zu gleicher Zeit die Organisationen der Prinzipale und Gehilfen angeschlossen, indem sie neben dem Tarif einen besonderen rechtsgültigen Vertrag abschlossen,

mit „To'n paar Quertöpp'n" nichts zu machen ist, wenn seine „speziellen" Interessen (nach seiner Empfindung) nicht gewahrt werden.

Der andre vermägt bei dieser gewissen selbständigen neuen Situation das Leben „wie es anderwärts ist".

Sie wissen aber nicht, daß nur ein langsamer Aufbau ein haltbares Gebäude gibt. Sie wissen auch nicht, daß ihren beiderseitigen Interessen (selbstverständlich in gewissen Grenzen) nur durch einen Zusammenschluß aller gedient werden kann. Hier fehlt zum eben, was selbst in größeren Städten oft schwierig ist zu erhalten: die energische, zielbewusste Leitung. Die Verbindung fehlt gewöhnlich, die den ununterbrochenen Zusammenschluß zwischen den Mitgliedern wahr, elektro-fachtechnisch ausgedrückt: die dem Kurzschluß vorbeugt.

Auch ich habe mich stets gefreut, wenn ich von einer Neugründung hörte. Ich dachte dann an die glücklichsten Stunden meines Lebens, die ich im Zirkel lieber Kollegen verlebte. Doch ich kam, ich sah und — drückte mich. Mir ist dieser Optimismus abhanden gekommen, seit ich einen Einblick in das Leben (richtiger: Sterben) und in die Chronik eines solchen Ortsvereinsvorkommens getan, wo die Mitgliederzahl so zwischen neun bis zwölf schwankte.

Mancher Kollege, wenn er es nicht schon selbst miterlebt, wird mit mir nach dem Lesen des Folgenden die Überzeugung gewinnen, daß die Vertretung der Interessen des Gesamtverbandes bei solch kleiner Mitgliedschaft besser in den Händen eines durch die maßgebenden Vorstände unterstützten Vertrauensmanns liegt als in denjenigen dreier Vorstands- und z-verstärkter Kommissionsmitglieder. Natürlich, soweit der Mitgliederbestand reicht!

Es könnte ein Verdienst der nächsten Generalversammlung sein, die Mindestmitgliederzahl eines Ortsvereins auf 25 festzusetzen. Es wäre damit den Verbandsinteressen gedient und verhütet, daß eine Druckerei zugleich einen Ortsverein darstellt. Was daraus entstehen kann, habe ich einmal erlebt, wo der Faktor den Kon auch in den Versammlungen angeben wollte.

Im nachstehenden ein paar Auszüge aus den Protokollen eines solch kleinen Vereins, woraus sich die „Notwendigkeit" der Gründung „Mar" ergibt:

In der Gründungsversammlung, in der sieben von dreizehn Mitgliedern erschienen waren, „erläuterte der Kollege H. die Zwecke und Ziele des zu gründenden Ortsvereins, dabei das laue Verhalten des Bezirksvorstandes in verschiedenen hier zum Austrage gelangten Angelegenheiten verurteilend".

In der zweiten Versammlung wurde außer dem Vorsitzenden, Schriftführer und Kassierer auch noch ein Vertrauensmann gewählt. (Dabei stehen mit einer Ausnahme sämtliche Mitglieder in einer Druckerei!)

In den späteren Versammlungen wurden fast in jeder ein paar Anträge angenommen, aber — fast ausnahmslos — nicht ausgeführt. Das Johannisfest wurde achtmal beschloffen, bis es gefeiert wurde. Ein anderer Antrag: Anschaffung von Nistkugeln, fand aber prompte Erledigung. Fachzeitschriften wurden nur im ersten Jahre gehalten. Der einstimmig gefaßte Zusammenschluß mit einem Nachbarort wurde nach Jahresfrist aufgehoben. Ein Statut wurde auch gedruckt, natürlich auf Kosten der mageren Ortskasse.

Ich habe die Überzeugung, daß die Mitglieder solcher kleinen Orte, die wöhnlich ihre 5 Pf. noch extra blechen, sich besser dem Bezirk oder dem nächsten größeren Orte anschließen, wo ihre Interessen mit der nötigen Rundsicht vertreten werden.

Ich muß gestehen, daß wenn ich jetzt von einer Neugründung lese und weiß, daß es kein Verein, sondern ein Vereinchen ist, so überzieht allemal eine Gänsehaut meinen Buckel.

Die Bezirke oder die größeren Nachbarorte haben hier nun zu sorgen, daß es den auswärtigen Kollegen, die vielerorts Sonntags ihren Kohl bauen, Kaninchen- oder Hühnerzucht betreiben, ohne größere Kosten ermöglicht wird, die Zusammenkünfte (aller von Bedeutung zum mindesten) zu besuchen. Sind sie doch in vielen Fällen im Nachteile gegenüber ihren Kollegen in der Stadt. Darbietungen aller Art zur Fortbildung und Unterhaltung, Bibliotheken mit dem Arbeiter zuzugenden Inhalt usw. stehen ihnen nicht zur Verfügung. Und das sogenannte idyllische Leben auf dem Lande bei den billigen Milch-, Fleisch- und Gemüsepfeifen hat mancher Ländler schon dem Stäbter gewünscht.

Der Verband hat ein immenses Interesse daran, den Zug nach der Stadt zu Veranstaltungen und Versammlungen mit allen Mitteln zu fördern. Das verlangt schon die Arbeiterbewegung an sich. Sind doch da draußen bei uns auf dem Lande die Buchdrucker im wahren Sinne des Wortes Pioniere der Arbeiter. H. F.

Korrespondenzen.

Muc 1. Ergeß. Das siebente Ortsvereinsstiftungsfest in Gestalt eines Herrensabends feierten wir am 22. Oktober in unserem Vereinslokal. Fast alle Mitglieder waren anwesend, was auch bei Versammlungen zu wünschen wäre. Musikvorträge leiteten die Stunden harmonischer Geselligkeit ein. Vom Vorsitzenden Wilhelm wurde sodann ein recht anschauliches Bild über die Gründung und Entwicklung des Vereins entrollt. Dieser wurde von neun Mitgliedern (jezt 35) ins Leben gerufen, von denen noch drei Kollegen hier konditionieren. Früher einer vernünftigungshilfbigenden graphischen Vereinigung von Buch- und Steindruckern angehörend, erkannten die Buchdrucker-

gehilfen den Ernst der Zeit, weshalb sich diese zu einer Mitgliedschaft des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zusammenschlossen und sich von nun an den beruflichen und gewerkschaftlichen Interessen hingaben. Dem hiesigen Ortsverein gelang es, durch nicht rastende Agitation und Versammlungen die Kollegen der Nachbarstadt Schneberg für unsre Organisation zu gewinnen. Die Höchstzahl der Mitglieder betrug im Jahre 1907 45, während im Durchschnitt der letzten Jahre 35 Kollegen gezählt werden können, denen nur ein Nichtmitglied gegenübersteht.

Chemnitz. Eine für unsre Kollegen recht erfreuliche Begleiterscheinung zeitigte die notwendig gewordene Bezugspreiserhöhung der „Chemnitzer Volksstimme", indem gleichzeitig eine Lohnerhöhung von je einer Mark für das gesamte Personal in Kraft trat. Es ist dies um so anerkennenswerter, als in dieser Druckerei an und für sich schon eine kürzere Arbeitszeit sowie die Entlohnung grundsätzlich wesentlich über Minimum stattfindet, was von den übrigen hiesigen Firmen durchaus nicht behauptet werden kann.

Seidelberg. (Versammlung vom 24. Oktober.) Anwesend war ungefähr die Hälfte der Mitglieder. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken an den früheren langjährigen Bezirkskassierer Friedrich Nething in üblicher Weise gelehrt. Nach Genehmigung zweier Aufnahmegeruche erstattete der Vorsitzende Bericht über die am 23. Oktober in Ludwigshafen stattgehabte Bezirksvorsteherkonferenz, mit deren Beschlüssen sich die Versammlung nach kurzer Debatte einverstanden erklärte. Verschiedene Angelegenheiten lokaler Natur und andres bildeten weitere Punkte der Tagesordnung.

m. Ronkau. Die Ortsvereinsversammlung vom 22. Oktober war wieder schwach besucht; alle Ermahnungen des Vorsitzenden und alle Artikel im „Rorr.", welche sich mit diesem Mißstande befaßten, verhallen fruchtlos. Es ist dies eine sehr bedauerliche Erscheinung angesichts der Zeiten, denen wir entgegengehen. Kollege Holz erstattete Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz in Freiburg, wo u. a. ein Entwurf über die neuzugrundende Gauzuschulkrankenkasse durchberaten wurde. Eine längere, lebhaftige Debatte entspann sich über das Vorgehen der badischen Fabrikinspektion in bezug auf die Auswahl der Arbeiter für die Studienreise zur Brüsseler Weltausstellung, da von den durch unsre Organisation vorgeschlagenen keiner für würdig befunden, dagegen anscheinend aber Bevorzugungen stattfanden. Da dieses Vorgehen im Widerspruch steht mit den Beschlüssen des badischen Landtags, sollen Schritte getan werden, dertartige Vorkommnisse in Zukunft zu verhüten.

Marxloh (Weinland). Am 16. Oktober hatten sich die hiesigen Kollegen zu einer Versammlung zusammengefunden, als deren Zweck die Gründung eines Ortsvereins bekanntgegeben worden war. Vor nunmehr drei Jahren ging der damalige Ortsverein in die Brüche, und es war infolge der schwachen Mitgliederzahl am Orte leider nicht möglich, wieder zu einem solchen zu gelangen. Nun haben sich jedoch die hiesigen Verhältnisse infolgedessen gebessert, als durch Stabilierung zweier Druckereien die Mitgliederzahl auf neun angewachsen ist. Da ein Anschlag nach Ruhrort als zu umständlich angesehen werden mußte, kamen wir zu dem Entschluß, in Marxloh einen Ortsverein zu gründen, welcher Entschluß auch vom Gauvorstande gutgeheißen wurde. Zu der Versammlung hatten sich außer dem Gauvorsteher Albrecht und dem stellvertretenden Bezirksvorstehenden Palecki aus Duisburg eine Anzahl Kollegen aus Ruhrort und Beed eingefunden, welche dem jungen Ortsvereine die besten Wünsche für sein Gedeihen darbrachten, dabei der Hoffnung Ausdruck gebend, daß derselbe sich zu einem kräftigen Zweig am starken Verbandsbaum entwickeln möge. Hierauf hielt Kollege Albrecht einen Vortrag über: „Die gegenwärtige Lage im Gewerbe und unsre Aufgaben". Redner empfahl bringen einen recht regen Versammlungsbetrieb, da nur durch einen solchen ein erfolgsbringender Einblick in alle unser Gewerbe betreffenden Fragen gewonnen werden könne. Eine kurze Diskussion beschloß die Versammlung.

Bl. München. Die Mitgliederversammlung am 20. Oktober erlebte nach der üblichen Ergrung des am 11. September verstorbenen Kollegen Adolf Frank die Aufnahmegeruche von 16 Kollegen in zustimmendem Sinne, während ein Aufnahmegeruch zurückgestellt werden mußte. Beim Tagesordnungspunkte „Vereinsmitteilungen" gab der Vorsitzende eine Reihe interessanter Ziffern über die Gestaltung der Verwaltungstätigkeit im dritten Quartale bekannt. Der Mitgliederstand erreichte im vierten Quartale die Ziffer 2000. (Am Ende 1895 waren es 768, 1900: 1218, 1905: 1545, Oktober 1910: 2018 Mitglieder, denen verhältnismäßig wenige Nichtmitglieder und einige Gutenbergsblinder gegenüberstehen.) Einstimmige Annahme fand der Vorschlag des Ortsvorstandes, eine von dem Kollegen Moriz Schröter (Stuttgart) verfaßte Abhandlung über die Verhältnisse der Münchner Buchdruckergehilfen in den Jahren von 1848 bis 1856 zu erwerben, um diese später in geeigneter Weise zu verwenden. Der den Mitgliedern gedruckt vorgelegte Kasernenbericht der Ortskasse für das dritte Quartal 1910 wurde von den Revisoren für richtig befunden und nach Aufklärung einiger Anfragen dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum Rechnungsberichte der Gaukasse für das zweite Quartal 1910, der mit einer Mehrausgabe von 1019,07 M. infolge der Kosten des Gautags und der Unterstützung der Bauarbeiter abschließt, gab der Verwalter einige Erklärungen. Die Gesamtsammlungen der Unterstützungen im Gau Bayern belief sich auf 51043,56 Mark, gegen das erste Quartal 1910 weniger 3409,42

Mark. Die Mittelbevermehrung betrug 81. Die beantragte Entlastung wurde ohne Widerspruch erteilt. Den vom Vorsitzenden erstatteten und von zwei andren Delegierten ergänzten Bericht über die am 19. Oktober abgehaltene Generalversammlung der Ortskrankenkasse München nahm die Versammlung zur Kenntnis und erklärte sich durch Einstimmigkeit mit der Haltung der Delegierten zu den einzelnen Fragen einverstanden. Ein Vorschlag, Arbeitslosenversammlungen mit Zugiehung der Vertrauensmänner zum Zwecke der Aufklärung und Entgegennahme von Mitteilungen seitens der Kollegen abzuhalten, fand nicht die Zustimmung der Versammlung, dagegen soll im nächsten Monat eine Vertrauensmännerversammlung zur Vorarbeit für die aufzunehmende Statistik stattfinden. Der seit längerer Zeit sehr hohe Konditionslosenstand gab mehreren Kollegen Veranlassung, den Wunsch auszusprechen, das Umschauen und den Zugang auswärtiger Kollegen zu unterlassen. Mit dem Wunsch, daß in den nächsten Versammlungen, die sich mit wichtigen Angelegenheiten befassen werden, alle Mitglieder erscheinen möchten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Salzungen-Schömar. Am 1. November d. J. kann wiederum ein Mitglied unsres Ortsvereins, Kollege Hermann Reichmann, sein 25jähriges Verbandsjubiläum begehen.

Rundschau.

Den Geschäftsbericht des Tarifamts bringt unsre heutige Nummer des „Rorr.". Er ist geeignet, das größte Interesse aller Verbandskollegen zu erwecken, besonders im Hinblick auf die nächstjährige Karriererevision. Für den Ausfall einer Nummer des „Rorr." (infolge des Reformationsfestes in Sachsen) kann sich jeder Leser durch um so eifrigeres Studium des tarifamtlichen Geschäftsberichts am besten selbst schadlos halten. Wir aber wollen nicht veräumen, nachdrücklich auf diese Notwendigkeit hinzuweisen. Bei gelegentlichem Zurückergreifen auf den Geschäftsbericht, das wir uns vorbehalten, hoffen wir dann um so größerem Verständnis unter unsren Kollegen zu begegnen!

Die Kommission für die Meisterprüfung in Leipzig wendet sich mit einem Artikel in der „Zeitschrift" gegen die Einrichtung technischer Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung. Auf Antrag von Typographischen Gesellschaften sind einige Handwerks- und Gewerbestellen bekanntlich dazu übergegangen, Vorbereitungskurse für Buchdrucker zur Meisterprüfung einzurichten. Das findet den Beifall der Leipziger Kommission nicht. Der Gesetzgeber schreibe für die Meisterprüfung keine Hochschulbildung vor, sondern ihm genüge eine geübene handwerksmäßige Ausbildung vollkommen. Es würden keine großen Kunstwerke verlangt und auch von der Kommission keine zu hohen Anforderungen gestellt. Jeder Lehrling und Geselle, der es mit seinem Beruf ernst meine, müsse sich darin technisch soweit auszubilden suchen, daß er ohne technischen Vorbereitungskursus die Gehilfen- und Meisterprüfung bestehen könne. In dem Artikel wird ferner darauf hingewiesen, daß die Erwerbung der vielfältigen Kenntnisse, die das praktische Leben erfordere, Sache jedes vorwärtsstrebenden Kollegen sei, mit der Meisterprüfung aber nichts zu tun habe. Heute sei doch jedem Gehilfen Gelegenheit gegeben, außerhalb seiner beruflichen Tätigkeit seine Kenntnisse durch die Fachliteratur und durch Anhören von Vorträgen in den Fachvereinen zu erweitern. „Wenn der Prüfling den Beweis erbringt, daß er in der Lage ist, Lehrlinge auszubilden, und mit dem nötigen Wissen in der Technik, Buchführung, Wechsellehre, Schiedverföhr, Krankens-, Invaliditäts- und Unfallversicherung ausgerüstet ist, so erhält er den Meistertitel und damit das Recht zur Ausbildung von Lehrlingen", heißt es dann weiter. Wenn man sich auf den reinen Leipziger Standpunkt stellt, wird manches Argument, das der Verfasser des Artikels in der „Zeitschrift" gegen die technischen Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung ins Feld führt, verständlicher werden. Leider aber ist die technische Ausbildungsmöglichkeit für Lehrlinge und angehende Gehilfen in vielen andren Städten nicht von so günstigen Umständen abhängig wie gerade in der Buchstadt Leipzig. Ist nicht die Tatsache, daß sachgemäße Vereinigungen den Antrag auf Einrichtung technischer Vorbereitungskurse für die Meisterprüfung bei den betreffenden Handwerks- und Gewerbestellen einbrachten, ein Beweis ihrer Notwendigkeit? Die Anforderungen, die heute an tüchtige Buchdruckergehilfen je nach ihrem speziellen Tätigkeitsgebiete gestellt werden, sind eben zu differenziert, als daß man allgemein behaupten könnte, die Möglichkeit der Ausbildung in allen Berufszweigen sei nur von Fleiß und Strebsamkeit abhängig. Man darf deshalb in dieser Frage das Kind nicht mit dem Bad ausschütten. Neben der theoretischen Vorbereitung auf die Meisterprüfung, die wir ebenfalls als besonders wichtig für ihr Bestehen ansehen, sind auch Vorbereitungskurse für spezielle technische Fächer sehr wohl denkbar. Die Gesellschaft hat an der Beschränkung von Fortbildungsmöglichkeiten kein Interesse.

Ausstellung merkantiler Drucksachen. Im Hohenzollernkunstgewerbehaus zu Berlin W, Leipziger Straße 13, ist gegenwärtig eine interessante Ausstellung: „Kunst und Kaufmann", zu besichtigen. Sie dauert bis zum 20. November. Veranstaltet vom Deutschen Museum für Kunst in Handel und Gewerbe zu Dagen in Westfalen, soll die Ausstellung ein Bild von den Mög-

schlechten des Zusammenarbeitens der Künstler mit den Vertretern von Handel und Gewerbe geben. Die ausgestellten Plakate, Drucksachen und Packungen sind bis auf vereinzelte Stücke sämtlich der Praxis des deutschen Geschäftslebens entnommen.

Bei der Wahl zum Stadtparlament in Offenbach a. M. am 24. Oktober befand sich unter den Gewählten auch ein Verbandsmitglied. Drei Kollegen sind bereits seit sechs Jahren als Stadtverordnete tätig, so daß sich unter Hinzurechnung des jetzt gewählten vier Verbandsmitglieder im Stadtverordnetenkollegium befinden.

Eine wichtige Entscheidung für Zeitungen wurde vom Landgerichte I in Berlin gefällt. Dem Kläger war in einer Privatbeilegungssache die Befugnis zugesprochen worden, den Tenor des Urteils im Organe des Transportarbeiterverbandes, dem „Kurier“, veröffentlicht zu können. Weil dieses Gewerkschaftsblatt Anzeigen gegen Verzahlung überhaupt nicht aufnimmt, lehnte der Redakteur die Veröffentlichung des Urteils tenors ab. Das Amtsgericht, von dem das Urteil in der Privatklage gefällt worden war, verurteilte daraufhin die Veröffentlichung, mochten vom Beklagten Beschwärde beim Landgerichte III erhoben wurde, die eine Ablesung ersufte. Trotzdem wurde die Veröffentlichung abgelehnt, da es dem Redakteur des „Kurier“ auf eine grundsätzliche Entscheidung ankam. Darauf leitete die Staatsanwaltschaft auf Grund des § 10 des Preßgesetzes ein Strafverfahren ein. Dieser Paragraf lautet: „Der verantwortliche Redakteur einer periodischen Druckchrift, welche Anzeigen aufnimmt, ist verpflichtet, die ihm von öffentlichen Behörden mitgeteilten amtlichen Bekanntmachungen auf deren Verlangen gegen Zahlung der üblichen Einrückungsgebühren in eine der beiden nächsten Nummern aufzunehmen“. Die Veröffentlichung des Urteils tenors wurde als ein Verlangen des Amtsgerichts und somit als eine behördliche Bekanntmachung im Sinne des § 10 angesehen. Nachdem das Schöffengericht den Beklagten zu einer Geldstrafe verurteilt hatte, sprach ihn das Landgericht I als Berufungsinstanz frei, und zwar unter folgender Begründung: „Als Druckschriften, welche Anzeigen aufnehmen, sind solche Druckschriften zu verstehen, zu deren Geschäftsgewohnheit es gehört, Anzeigen gegen Verzahlung aufzunehmen. Das tut aber der „Kurier“ nicht, also kann § 10 des Preßgesetzes auf ihn nicht angewandt werden. Der „Kurier“ ist durch Generalverwaltungsbeschluss an der Aufnahme von Anzeigen gebindert. Er hat die aus diesem Beschlusse folgende Praxis auch beobachtet. Die Strafkammer sieht auf dem Standpunkte des Stengleichens Kommentars zum Preßgesetz.“

Total ausgepfändet wurde in Laibach die Redaktion des slowenischen Tageblatts „Jutra“. Alle möglichen Inventarfälle, sogar Zintenfässer, fielen dem Gerichtsvollzieher anheim. Unbezahlte Rechnungen führten das Verhängnis herbei.

Von den bei den Moobachter Vorgängen in Berlin Verhafteten sollen bereits 17 Personen vor die Strafkammer und 9 vor das Schöffengericht verwiesen worden sein. Im ganzen wird 40 Personen Anfang November vor der Strafkammer der Prozess gemacht werden. Etwa 20 Personen sollen sich Mitte November vor dem Schöffengericht zu verantworten haben. Bei der Gelegenheit werden die bedauerlichen Vorgänge eine Wiederauflösung erfahren.

Eine Unzufriedenheit ist plötzlich in England ausgebrochen, wie man sie während 60 Jahren nicht gekannt hat. Niesensstreiks und Ausperrungen sind täglich und in einer größeren Zahl zu verzeichnen. Die Arbeitgeber erzählen dem Publikum durch die Presse, daß sie zu den Ausperrungen durch die Disziplinlosigkeit der Gewerkschafter, die ihre Führer und ihre Tarife ignorieren, getrieben worden sind. Die eigentliche Ursache ist jedoch, daß die Arbeiterklasse seit Jahren nicht mehr den ihr zukommenden Anteil vom Nationalreichtum bekommen hat. Die Arbeiterorganisationen sind machtlos geworden. 948 Arbeitgeberverbände stehen jetzt 1166 Arbeitnehmerverbänden gegenüber. Wenn heute die Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenkommen, um über Tarife zu verhandeln, so sind die Arbeitgeber die ausschlaggebenden. Das große Publikum im allgemeinen weiß nichts von diesen Vorgängen. Es schiebt die Schuld der Preissteigerungen auf die „underschämten tyrannischen Gewerkschaften“. Es verhöhnt den Arbeiter, „agitator“ und jubelt, wenn Gewerkschafter an die Wand gedrückt werden, und hat nicht den leisesten Schimmer, daß dieselbe Kraft, die die Löhne niedrig hält, gleichzeitig die Preise für Lebensbedürfnisse immer höher bringt. Aber nicht nur die Arbeitgeber sind die Feinde des Arbeiters. In seinen eignen Reihen hat sich nun bald in jeder Gewerkschaft ein Jubas Scharioth gefunden, der für 30 Silberlinge die Wirksamkeit der englischen Gewerkschaften zu untergraben versucht. Der „schlichte“ Weichensteller Osborne ist be-rühmter geworden, als er es je geahnt hat. Ein altmodischer Gewerkschaftsführer hat sich jetzt dem neomodischen Verufe zugewandt, Gelder zu sammeln und an diejenigen Gewerkschaftler zu verteilen, die den „Mut“ finden, einen Osborne-Gerichtsbeschluss herbeizuführen. Den vielen arbeitslosen Rechtsanwälten ist gleichzeitig Gelegenheit gegeben, berufen zu werden. Im allgemeinen ist jedoch die Stimme der Arbeit in der Regierung stärker geworden. Daß sie noch nicht so stark ist wie sie sein sollte kraft ihrer Organisationen, hat keinen Grund darin, daß der englischen Arbeiterklasse der nötige Ernst fehlt, große Kämpfe mit Erfolg zu führen.

Reine Gewerkschaftsnachrichten. Der Straßenbahnerstreik in Bremen ist erfolgreich für die Angelegten verlaufen. — Die Knopfmacher in Frankenhäusen befinden sich nunmehr seit acht Wochen im Streik. In zwei Betrieben wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Verschiedene Eingänge.

„Bodenreform“. Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Heft 18.

„Sozialistische Monatshefte“. Erscheinen alle vierzehn Tage. Heft 22. 1910. Preis 60 Pf. Verlag der Sozialistischen Monatshefte, G. m. b. H., Berlin W 35, Potsdamer Straße 121 H.

„Moderne Kunst“, illustrierte Zeitschrift. Verlag von M. J. Voig, Berlin. XXV. Jahrgang, Heft 5. Preis des Heftes 60 Pf.

„Für Alle Welt“, illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XVII. Jahrgang, Heft 5. Preis 40 Pf.

Gestorben.

In Belleville (Zll.) am 1. September der Buchdrucker Charles Stieler, 86 Jahre alt.

In Brandenburg a. H. am 21. Oktober der Seher Max Lemme von dort, 39 Jahre alt.

In Brighton am 13. September der Buchdrucker C. E. Köhl, 37 Jahre alt.

In Dortmund am 24. Oktober der Buchdrucker Paul Olschewski, 34 Jahre alt — Lungenleiden.

In Erfurt am 22. Oktober der Seher Johann Friedr. Jepsen aus Nönne bei Breeh, 60 Jahre alt.

In Hannover am 21. Oktober der Druckerinvalide Hermann Gummert, 68 Jahre alt.

In Leipzig am 21. Oktober der Seher Max Bieger aus Kleinjochter, 31 Jahre alt — Lungenüberfülle.

In Lexington am 21. August der Buchdrucker D. A. Zimmermann, 37 Jahre alt.

In Neuyork am 18. September der Buchdrucker Max Geseit, 28 Jahre alt; am 13. Juli Henry Rezmeyer, 74 Jahre alt.

In Offenbach am 12. Oktober der Sieher Otto Waag, 20 Jahre alt; am 16. Oktober der Sieher Jean Friedel, 40 Jahre alt.

In Toledo am 22. August der Buchdrucker B. F. Reng, 47 Jahre alt.

In Washington am 27. August der Seher Emanuel Waldecker aus Kusel (Rheinpfalz), 60 Jahre alt.

In Wien am 11. Oktober der Seher Paul Rischawy, 53 Jahre alt.

Briefkasten.

P. C. in Friedland: Von Ferienbewilligungen von solchen „Umsang“ nehmen wir keine Notiz. — Norddeutsche: 2,60 Mk. — G. H. in Chemnitz: Wird befördert. — U. S. in Dortmund: 1. 2 Mk., 2. 1,85 Mk.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11191.

Bekanntmachung.

Wegen Verweigerung der Tarifanerkennung haben die Gehilfen der Firma Edmund Kost in Bad-Sulza (Thür.) gekündigt. Konditionsangebote dieser Firma sind daher abzulehnen.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung.

Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß bei allen Konditionsangeboten vor der Annahme eines Engagements Erlaubigungen eingezogen werden müssen. Mitglieder, die diese statutarisch vorgeschriebene vorherige Anfrage unterlassen, werden auf die Dauer von 13 Wochen außer Bezug jeder Verbandsunterstützung gesetzt, ebenso erhalten solche Mitglieder im Fall eines Umzugs keine Umzugsbeihilfe.

Anfragen bei Konditionsangeboten sind nur zu richten für den Gau:

Bayern: Joseph Seitz, München, Holzstraße 24 I.

Berlin: Albert Maassin, Berlin SO 16, Engelfer 14/15 I.

Dresden: Heinrich Wendische, Dresden, Wachsbleichstraße 8.

Schlaf-Lotzungen: Joseph Wagner, Straßburg i. E., Wo der Fuchs den Enten predigt 16a II.

Erzgebirge-Region: Otto Dähnel, Chemnitz, Felsstraße 35 part.

Frankfurt-Hessen: C. Dominé, Frankfurt a. M., Wiesenlandstraße 2 III.

Hamburg-Altona: W. Dreier, Hamburg, Wesenbinderhof 57 I.

Hannover: Karl Rosenbruch, Hannover, Detmoldstr. 11.

Leipzig: Karl Engelbrecht, Leipzig, Briderstraße 9 I.

Mechlenburg-Südost: Hermann Schmidt-Schlottter, Schwerin i. M., Albeder Straße 57 II.

Mittelrhein: Heinrich Fuhs, Rannheim, Bogzistraße 8.

Nordwest: J. Osicka, Bremen, Westerdeich 32.

Oberrhein: Karl Lindenlaub, Freiburg i. Br., Bastiusstraße 101.

Oder: Paul Hannack, Stettin, Große Oberstraße 17 II.

Ostland-Thüringen: Emil Proeg, Weimar, Buttstedter Straße 6 I.

Ostpreußen: F. Reizner, Königsberg i. Pr., Nikolaistraße 4 III.

Posen: Felix Wagner, Posen O 1, St. Martinstr. 37, Seitenhaus 2, Eingang III.

Rheinland-Westfalen: Emil Albrecht, Essen a. d. Ruhr, Wilhelmstraße 8.

Am der Saale: Hugo König, Halle a. S., Kleine Mauerstraße 7 I.

Schlesien: Karl Fiedler, Breslau II, Hofstraße 7, Gartenhaus III.

Schleswig-Holstein: M. Prüter, Kiel, Schauenburger Straße 34 part.

Westpreußen: Fr. Nagroski, Danzig, Petershagen a. d. N. 12 I.

Württemberg: Karl Knie, Stuttgart, Geufsteigstr. 54 p.

Die Gauerteilungen finden die Mitglieder in den „Beschlüssen des Vorstandes“, Seite 20—36.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten nach dem Ausland sind unbedingt Erlaubigungen einzuziehen, da die betreffenden gegenseitigen Verbände solche Mitglieder sofort ausschließen bzw. auf die Dauer von sechs Monaten und mehr außer Bezug sämtlicher Mitgliedsrechte setzen, welche ohne vorherige Anfrage eine Kondition angenommen haben. Die Adressen dieser gegenseitigen Verbände sind für:

Belgien: A. van Haesendonck, Molencbeek-Bruxelles, 40, rue van Meysel.

Bosnien und Herzegowina: B. K. Joscht, Sarajevo, Landesdrucker.

Bulgarien: V. Dulgeroff, Sofia, Parensoffstr. 16.

Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K, Nybrogade 12.

Finnland: O. A. Nyman, Helsingfors, Fabriksgatan 8.

Frankreich: A. Keuser, Paris 6°, Rue de Savoie 20.

Italien: Ferrari Emanuele, Milano, Via Crocissio 15.

Kroatien: Ludw. Wieser, Agram, Primorska ulica 2.

Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippstraße 7.

Norwegen: Gunnar Osland, Kristiania, Youngsgaden 13 IV.

Österreich: F. Reismüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25.

Riga: Artur E. Pruwly, Riga, Parkstraße 3, Qu. 3.

Rumänien: G. Jonescu, Bukarest, Boulevard Carol I, Nr. 1.

Schweden: Svenska Typograförbundet Expedition, Stockholm, Andregatan 22a.

Schweiz (deutsche): J. Schlumpf, Bern, Speicher-gasse 29.

Schweiz (französische): Marius Corbaz, Lausanne, Rue de Tunnel 1.

Schweiz (italienische): Comitato centrale della Federazione Ticinese fra i Lavoratori del Libro, Lugano, Camera del Lavoro.

Serbien: Todor Nestorovitch, Belgrad, Zeleni Venac 7.

Ungarn: Redaktion der „Typographia“, Budapest VIII, Bérkocsi-utca 1.

Berlin. Der Verbandsvorstand.

Kastrop-Bütgendortmund. Der Seher Otto Neumann, früher in Kastrop tätig, wird hiermit aufgefunden, die ihm von der hiesigen Bibliothek anvertrauten Bücher (Zeitschriften) sofort an den Kollegen Fritz Rehmeyer, Bütgendortmund i. W., Westfeldstraße 8, zu senden. Die Herren Funktionäre werden höchlichst ersucht, den Kollegen Neumann auf diese Notiz aufmerksam zu machen.

Kattowitz. (Orts- und Bezirksverein.) Alle Postsendungen sind wieder an Kollegen A. Baumgart, Friedrichstraße 53 II, zu senden.

Adressenveränderungen.

Lissa i. P. Vorsitzender: F. J. Schreiber, Frau-städter Straße 16 I.

Marjot (Mtl.). Vertrauensmann: Wilh. Gasten, Grillostraße 18 I.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigelegte Adresse zu richten):

In Balingen der Schweizerdegen Joseph Nicker, geb. in Ludwigsburg 1888, ausgel. in Ehingen a. D. 1906; war schon Mitglied. — In Ellwangen der Schweizerdegen Joseph Nicker, geb. in Würt (D. M. Ellwangen) 1893, ausgel. in Ellwangen 1910; war noch nicht Mitglied. — Karl Knie in Stuttgart, Heufsteigstraße 54 part.

In Benthheim der Seher W. Gofejacob, geb. in Benthheim 1889, ausgel. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — In Schüttorf der Drucker Johann Ebns, geb. in Benthheim 1869, ausgel. in Schüttorf; war noch nicht Mitglied. — In Neuenhaus der Seher Georg Bitters, geb. in Neuenhaus 1890, ausgel. das. 1909; war noch nicht Mitglied. — Karl Rabes in Osnabrück, Rosenplatz 9.

In Vrieg der Drucker Ferdinand Albert Dorn, geb. in Riga (Rußland) 1888, ausgel. das. 1908; war noch nicht Mitglied. — Adolf Müller in Reife, Breslauer Straße 19.

In Duisburg der Seher Hubert Schüller, geb. in Bielefeld 1888, ausgel. das. 1907; war schon Mitglied. — In Rees der Seher Joseph Demming, geb. in Bocholt 1888, ausgel. das. 1906; war noch nicht Mitglied. — Rudolf Palek in Duisburg, Ruhrorter Straße 86.

In Erfurt der Seher Willi Schmolling, geb. in Guben 1881, ausgel. das. 1899; war schon Mitglied. — A. Stange, Friedrich-Wilhelm-Platz 6/9.

In Grewesmühlen der Seher Wilhelm Bever, geb. in Giftrow 1892, ausgel. das. 1910; war noch nicht Mitglied. — In Parchim die Seher L. Wilh. Müller,

